

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei der Postsendung ohne Beleggebühr monatlich 5.— M., bei Zustellung außer Stadt und Land 6.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetragene Zeitung Nr. 10. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2806.

Jahreslos lesen die Adresspflicht. Monatspreis 1,20 M., Wortanzeigen das festgesetzte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Leihraumspauschlag 10 Proz. Bei Familien- u. Vereinstaxen gelten die üblichen Ermäßigungen. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2805

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Russische Menschenhändler in Deutschland.

Das Treiben der Werbebureaus.

Auf unsere Feststellung, daß die Abgesandten der russischen Weißen Garde sich in Berlin als Militärmission etabliert haben, und unter wohlwollender Förderung der amtlichen Stellen die offene Werbung für die russische konterrevolutionäre Armee betreiben, hat die Regierung in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ mit einer verlegenen Ausrede geantwortet. Wir stellen deshalb erneut fest, daß die Abgesandten der Weißen Garde ihre Werbungen fortsetzen, wobei nicht nur Russen, sondern vor allem Deutsche für die Armee Kutschkows gefaßt werden. Die Werbebureaus, die bisher für die „haptische Landeswehr“ tätig waren, haben sich nun unter anderer Flagge in den Dienst der russischen konterrevolutionären Armee gestellt. Sie arbeiten dabei mit den deutschen Militärbehörden Hand in Hand. Es besteht die Absicht, in Kurland eine große Truppenmacht zum Kampf gegen die russische Sowjetrepublik zusammenzubringen. Fürst Dieben und Graf Keller sind die Hauptfiguren dieser konterrevolutionären Soldateska. In Kurland sind bereits ganze deutsche Truppenverbände zu dieser Armee übergetreten, in deutschen Offizierskreisen wird offen für diese Armee geworben, und außerdem entfalten die Werbebureaus in Berlin und in den übrigen Orten Deutschlands eine fieberhafte Tätigkeit.

Neben den schon bekannten Werbebureaus hat sich neuerdings noch ein solches im Hotel „Russischer Hof“ aufgestellt. Es wird von dem Leutnant Schulz, der persönlicher Adjutant des unruhig bekannten Hauptmann Bönsagen ist, geleitet und hat eine ganze Schar Werber angeworben. Die Werbung für jeden Anwärter wird mit 50 Mark Kostgeld belohnt. Im „Russischen Hof“ spielt sich ein richtiger Wochenmarkt ab. Die Angeworbenen werden in Deutschland eingekauft, bekommen russische Gradabzeichen und Kolarden und werden auf Schleichwegen nach Kurland verschifft.

In Jena in Thüringen hat der berühmte Hauptmann v. Jena, der seitlich im „Vorwärts“ offen erklärt hat, daß die Revolutionsregierung für eine Verbrecherbande hält, ein Freikorps aufgestellt; deutsche und russische Offiziere haben die Anwerbung betrieben. Den Reuten wurde neben freier Verpflegung und sonstigen Vergünstigungen 300 Mark Lohn und versprochen sowie Familien- und Dienstbedürfnisunterstützung. Nach Abschluß der Kämpfe soll außerdem jeder Mann 5000 Mark Prämie bekommen. Den Reuten wurde angedeutet, daß sie sich die Prämie, wenn sie Kurland nicht zahlen würde, von der jüdischen Bevölkerung holen könnten. Am Sonntag wurde von Weimar aus ein Transport von 110 Mann in Marsch gesetzt, ein zweiter am Montag und der dritte am Mittwoch. Der erste Transport wurde in Drombetera von den Polen angehalten und nach Berlin zurückgeschickt. Er liegt heute mit noch anderen Transporten auf dem Schlesischen Bahnhof und die Mannschaften, die jetzt erst wissen, zu welchen verwerflichen Zwecken sie mißbraucht werden sollten, sind äußerst erregt über das Spiel, das mit ihnen getrieben wurde. Sie haben weder Geld noch Verpflegung erhalten und möchten gern wieder nach Hause zurück, aber es ist niemand da, der ihnen helfen will. Die Reute sollen jetzt durch ein Manöver dem 6. Inf.-Korps in Kurland zugeführt werden, das seinen Übertritt zur konterrevolutionären russischen Armee beschlossen hat.

Nach von Osmburg liegen uns Nachrichten vor, daß dort Werbungen für die russische Armee vorgenommen werden. — Das Kriegsministerium ist über die Vorgänge aus unterrichtet. Es werden nicht nur Menschen, sondern auch Kriegsmaterial der russischen Armee zugeführt. So wurde dieser Tage ein Kommando des konterrevolutionären Graf Keller aus Kurland in Berlin, um die Ausrüstung für 200 Pferde zu holen. Der russische Baron Koste, wohnhaft im Hotel „Häufiger Hof“, ging mit dem Kommando zum Hauptmann Haerder im Schloß Bellevue. Dort bekam er ein Schreiben an das Kriegsministerium, und dieses stellte hierauf eine Anweisung an die Feldzeugmeisterei zur Auslieferung der Sättel und Geschirre aus. Das Kommando ist mit keiner Beute wieder nach Kurland abgefahren.

Was hier vor sich geht, ist nicht nur ein internationaler Skandal, sondern auch ein Verbrechen an der deutschen Volksseele. Die deutsche „sozialistische“ Republik

ist glücklich auf dem Niveau Kurhessens um die Mitte des XVII. Jahrhunderts angelangt, wo Deutsche als Kanonenfutter nach dem Auslande verkauft wurden. Damals wurde dieses Geschäft von den „Landesherrn“ betrieben, heute wird der Menschenhandel von jenen alldeutsch-monarchistischen Kreisen organisiert, die sich wieder fest in den Sattel gesetzt haben und mit allen Mitteln auf die Wiederherstellung der Monarchie hinarbeiten. Das enge Bündnis zwischen der preussischen und der russischen Reaktion, das ein Jahrhundert lang die politische Entwicklung Europas gehemmt hat, erstreckt sich vor unseren Augen wieder auf. Gemeinsam mit den Weißen Garde Kutschkows und Denikins, die von der Entente bezahlt werden, rüsten auch die deutschen konterrevolutionären für die blutige Auseinandersetzung mit dem Proletariat. Die Disprovinzen sind das Aufmarschgelände der monarchistischen Konterrevolution, die ihre Spitze sowohl gegen die Sowjetrepublik wie gegen die deutsche Republik richtet. Ihre Arbeit wird gefördert durch die verbrecherische Untätigkeit der Regierung Bauer-Roske, die das nahende Verhängnis nicht sehen will.

Das Schicksal der Kriegsgefangenen.

Noch immer ist die Aussicht gering, daß die deutschen Kriegsgefangenen baldigst in die Heimat zurückkehren werden. Unmögliches Schicksal erdulden sie jetzt, die hoffen, daß der Friedensschluß ihnen den sofortigen Abtransport in die Heimat bringen würde. Unmögliches Schicksal erdulden sie jetzt, die hoffen, daß der Friedensschluß ihnen den sofortigen Abtransport in die Heimat bringen würde. Unmögliches Schicksal erdulden sie jetzt, die hoffen, daß der Friedensschluß ihnen den sofortigen Abtransport in die Heimat bringen würde.

Über die reaktionäre Presse und die reaktionären Parteien sind von einer solchen Rücksichtnahme auf die Gefühle der Angehörigen der Kriegsgefangenen weit entfernt. Sie, von denen man behaupten kann, daß ihnen das Schicksal der Gefangenen und der Schmerz ihrer Angehörigen ganz nebensächlich ist, gegenüber ihrem politischen Ziele, — bei dem Friedensvertrag haben sowohl die reaktionären Parteien, sogar ein erheblicher Teil der Rechtssozialisten und auch die Organisationen für die Heimführung der Kriegsgefangenen deutschen Beweis dafür geliefert, — daß sie durch die von der Entente verhängte Heimführung der Kriegsgefangenen entstandene Ungebuld der Angehörigen, um eine wahre nationalistische Oede eingeleiten. Sie föhigen, um eines wahren nationalen Verhaltens, daß ihnen jedes Mittel, auch dasjenige, das den Schmerz ihrer eigenen Anhänger ständig steigert, recht ist, wenn es sich um die Wiederbelebung des nationalistischen Taumels handelt.

Wie schon im Februar auf Veranlassung unseres Genossen Kurt Eisner, so hat auch jetzt wieder die Internationale Konferenz in Luzern sich entschieden für die sofortige Heimführung der Kriegsgefangenen ausgesprochen. Diese Kundgebung der Internationalen Konferenz wird den Kriegsgefangenen weit mehr nutzen als das Entschuldigungsgebot der Alldeutschen und der von ihnen mißleiteten Kreise, die während des Krieges jedes Mittel, jede Vergrößerung an anderen Völkern gutzuheißen haben. Denn ihr Geschrei wird weder auf die Völker noch auf die Regierungen der Entente den geringsten Eindruck machen.

Die Verkauflichung des Kohlenbergbaues in England.

Amsterdam, 15. August. Laut „Allgemein Handelsblatt“ meldet „Manchester Guardian“, daß die britische Regierung Maßnahmen trifft, um ein unabhängiges Departement zu errichten, das alle Angelegenheiten, die sich auf die Kohlenindustrie beziehen, behandelt. Die Regierung will sich in Zukunft an der Verwaltung der Kohlenbergwerke beteiligen. Die „Daily Mail“ meldet, hat England durch den letzten Streik der Kohlenbergwerksarbeiter einen Schaden von 3 700 000 Tonnen Kohlen erlitten.

Der bevorstehende Eisenbahnerstreik in Belgien.

Aus Brüssel wird gemeldet: Das Sekretariat der Eisenbahner wandte sich an die holländischen und französischen Eisenbahnerverbände mit der Bitte, ihre Maßnahmen zu treffen, damit im Falle eines Streiks die Züge die belgische Grenze nicht überschreiten.

Noch eine verpackte Friedensmöglichkeit.

Schon Anfang dieses Monats hatte die „Frankfurter Zeitung“ die Enthüllung gebracht, daß der schweizerische Gesandte in Washington, Herr Sulzer, nach Rücksprache mit dem Obersten House, dem Vertrauensmann Wilsons, im Sommer 1918 den Versuch gemacht hatte, von der Reichsregierung in Berlin eine Erklärung zu erlangen, daß Deutschland bereit sei, den vor dem Kriege bestehenden Zustand in Belgien anzuerkennen. Es war ihm aber nicht möglich, eine solche Erklärung zu erlangen, und so blieb denn dieser Weg, zur Verständigung zu gelangen, unbenuzt.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bringen nun Auszüge aus einem Artikel des „Journal de Genève“, der sich gleichfalls auf einen Versuch bezieht, durch Klärung des belgischen Problems zu einer Friedensvermittlung zu gelangen. Dieser Versuch, über den bisher noch nichts bekannt geworden ist, wurde durch einen Verwandten des belgischen Königshauses, Graf Thoorring, im Frühjahr 1918 unternommen. Nach Rücksprache mit dem damaligen Reichsminister Hertling trat Graf Thoorring am 20. März 1918 an den belgischen Gesandten heran und erklärte, daß die Unterhaltung einen privaten Charakter trage, daß er aber über die Absichten der deutschen Regierung unterrichtet sei. Er fragte alldann den belgischen Gesandten, ob eine Unterhaltung über den Frieden, der auch Frankreich einbeziehe, möglich sei. Der belgische Gesandte erwiderte, die belgische Regierung könne nur antworten, wenn von deutscher Seite autorisierte Erklärungen abgegeben würden, die ihr erlaubten, zu sprechen, ohne daß dadurch die belgische nationale Zukunft gefährdet würde. Daraufhin bat Graf Thoorring den belgischen Gesandten, sich für eine Erklärung über die Friedensfrage zu entscheiden, für den Fall, daß die belgische Frage im Sinne Belgiens gelöst würde.

Kurze Zeit darauf folgte die Note des Grafen Hertling im Reichstag, in der von Belgien als von einem Feindland gesprochen wurde. Die Folge war, daß Belgien in einer Note an Thoorring erklärte, auf Grund dieser Erklärung könne den im Juli gestellten Fragen an die belgische Regierung keine Folge gegeben werden.

Bei seinen weiteren Bemühungen, eine Klärung der Frage herbeizuführen, stieß Graf Thoorring in Berlin auf heftigen Widerstand. Erst am 14. August veränderte sich die Lage, und Thoorring erhielt nunmehr Genehmigung zu einem Brief, in dem das belgische Programm in folgender Weise entwickelt war:

Deutschland sollte und erkennt den von der belgischen Regierung aufgestellten Grundsatz, daß die Souveränität Belgiens gesichert und aufrecht erhalten werden soll, an. Nach dem Krieg werde Deutschland keinerlei Anspruch auf belgisches Gebiet erheben, weder in Europa noch in Afrika. Belgien werde seine vollständige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit erhalten. Deutschland wünsche, daß eine Lösung gefunden werde, die die Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen gestatte, wie sie vor dem Krieg bestanden hätten. In bezug auf das Hauptland sei zu erklären, daß Deutschland lediglich verlangen, daß Belgien für die Rückzahlung der deutschen Kolonien eintrete. In der flämischen Frage wünsche die deutsche Regierung, daß sie so gelöst werde, wie sie den beteiligten Kreisen entspreche.

Bei seiner Rückkehr nach München fand Thoorring einen Brief des damaligen Staatssekretärs v. Hingst vor, in welchem dieser ihm Vorwürfe machte, daß er Erklärungen abgegeben habe, die weder mit den Absichten der deutschen Regierung, noch mit Hingsts eigenen Ausführungen über diesen Punkt übereinstimmten. Graf Thoorring war über diese neuerliche Äußerung sehr erstaunt. Am 21. September übermittelte Johann der belgische Gesandte dem Grafen Thoorring eine Note, in der es hieß, die belgische Regierung habe indirekte Rücksicht erholten, die sie über Deutschlands Absichten aufgeklärt hätten. Deutschland verlange eine Lösung der Sprachenfrage, die mit der kaiserlichen Politik konform ginge. Das heißt eine Lösung, die es Deutschland gestattet hätte, durch Auslösung der flämischen Frage sich in die innere Politik Belgiens einzumischen. Das bedeutet, so hieß es in der Note weiter, eine Aufgabe der Souveränitätsrechte im Inneren Belgiens. Ferner wünsche Deutschland, um neue für Bürger, die den Plänen des Feindes gedient hätten, und werde darauf bestehen, das Schicksal Belgiens an die Lösung der

Kolonialfrage zu finden. Endlich sollte jede Andeutung über die Entschädigung für die Belgien zugefügten Schäden. Diese Ermittlungen könnten für eine ernsthafteste Diskussion keinesfalls als Unterlage dienen.

Nach diesem Vorwort sagte Herr v. Hünke dem Grafen Thierri, die belgische Note verpflichtet ihn zu erklären, daß die durch Thierri unternommenen Schritte keinesfalls offiziellen Charakter tragen. Zur selben Zeit richtete die deutsche Regierung eine Weheimpflichtung an die belgischen Zeitungen, worin sie ihnen die Kommentare vorschrieb, die sie über die Verhandlung veröffentlichen dürften. Diese Verfügung verdient um so mehr Beachtung, als sie am 21. September 1918, also kurze Zeit vor dem Zusammenbruch erlassen worden ist. Es heißt in dieser Verfügung:

„Die Mission des Grafen Thierri darf nur als eine rein private betrachtet werden. Die Presse kann berichten, daß Graf Thierri der Ansicht war, daß es im Interesse Belgiens sei, wirklich Frieden zu schließen, denn selbst wenn es unseren Feinden gelingen sollte, uns aus Belgien zu verdrängen, was absolut unmöglich erscheint, so dürfte Belgien erneut zum Frieden veranlaßt werden. Ein schneller Friede kann als im Interesse Belgiens betrachtet werden.“

Dies durch und durch verlogene Erklärung ist bezeichnet für die Freiführung der deutschen Öffentlichkeit. Mit einer direkt psychologischen anmutenden Starrköpfigkeit hielt die deutsche Regierung in der belgischen Frage an ihrer Hauptpland-Theorie fest, obwohl sie wußte, daß der Zusammenbruch nahe war und ohne rechtliche Klärung der belgischen Frage jede Friedensmöglichkeit ausgeschlossen sei. Wie Herr v. Hünke in seiner von der „Frankfurter Zeitung“ ausgenommenen weidhergegebenen Denkschrift feststellte, hat er selbst gegen die Kriegsziele der Obersten Heeresleitung angeknüpft und den Versuch gemacht, die von der Exportindustrie geforderte Annexion von Belgien und Luxemburg zu verhindern und über die belgische Frage Klarheit zu schaffen. Ueber diese Fragen wurde übrigens im Kronrat in Spa am 14. August verhandelt, und es ist bezeichnend, daß Graf Thierri unmittelbar nach dem 14. August die Erlaubnis erhielt, seine Erklärung über Belgien in belgischen Gemeinden zu übermitteln. Um so ersichtlicher erscheint die politische Schwächung, die Herr v. Hünke kurze Zeit danach in der belgischen Frage vornahm, und die den Erfolg des vom Grafen Thierri unternommenen Schrittes verhinderte. Welche Kräfte hierbei am Werke waren, muß noch aufgeklärt werden. Man geht wohl aber mit der Annahme nicht fehl, daß es dieselben Kräfte waren, die im Juni 1918 unter Führung des Herrn Hefferich das Programm der wirtschaftlichen Verslavung Belgiens unter die Herrschaft des deutschen Kapitals durchgesetzt hatten. Diese Kräfte hielten im Verein mit der Obersten Heeresleitung Kampfbahn auf Belgien fest, was sie nicht nur als unerlässliches wirtschaftliches Ausbeutungsobjekt, sondern auch als Hauptpland für die Zurückverlagerung der deutschen Kolonien betrachteten.

So scheiterte an der Proklamation des deutschen Kapitals und an dem unausweichlichen Ausbeutungsdrang der deutschen Militaristen und Imperialisten nach kurz vor dem Zusammenbruch auch dieser Versuch, zum Frieden zu gelangen. Zwar hielten sich durch die Situation in Oesterreich-Ungarn und Bulgarien die militärische Lage schon so gespannt, daß der schwärzeste Pessimismus am Werke war. Trotzdem gingen die Militaristen, Diplomaten und Parteiführer auf dem eingeschlagenen Wege immer weiter. Bis dann das Verhängnis hereinbrach und das deutsche Volk in den Abgrund stürzte.

Kohlennot und Sozialisierung.

Im „Berliner Tageblatt“ bemüht sich seit einiger Zeit der Reichsfinanzminister a. D. Gothein um den Nachweis, daß nur das Weiterbestehen der kapitalistischen Ausbeutung im Bergbau eine Abwendung der großen Kohlennot erwarten lasse. Er wendet sich deshalb als grundsätzlicher Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsweise auch gegen die Sozialisierung des Bergbaues, mußte sich aber deshalb kürzlich von Gus mit Recht sagen lassen, daß er sich in dieser Frage „von einem Industriefeindlichen kaum unterscheiden“.

Gegen diesen Vorwurf wendet sich Gothein in der heutigen Morgenausgabe des „Berliner Tageblatts“ mit Argumenten, die daran zweifeln lassen, ob ihm bei seinem Rechtfertigungsversuch noch der gute Glaube zugebilligt werden darf. Gothein schreibt:

„Ich möchte an Herrn Kollegen Que die Frage richten, ob er die Mitglieder der Sozialisationskommission, die sich doch vorwiegend aus Reichsstaatsbeamten und Unabhängigen zusammensetzte, auch des Industriefeindlichen für verächtlich hält. Ihr Staatsrecht, wie ihr Vorkriegsbegehren spricht sich gegen den Staatsbetrieb im Steinkohlenbergbau aus. Das gleiche hat kürzlich mit guten Gründen Karl Kautsky getan, der doch wohlwollend sein Industriefeindlicher ist.“

Es ist eine demagogische Polemik, es so darzulegen, als ob die Sozialisationskommission, als sie sich gegen den Staatsbetrieb wandte sich gegen die Sozialisierung erklärt habe. Jeder weiß, daß das Gegenteil richtig ist. Die Sozialisationskommission lehnt den Staatsbetrieb ab, weil er eine wirkliche Sozialisierung verhindert und hat an dessen Stelle sich einmütig für die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ausgesprochen. Sozialise hat Kautsky getan, der mit dem Gutachten der Sozialisationskommission vollständig einverstanden ist. Es ist deshalb eine höchst unehrliche Polemik sich für die Feindschaft zur Sozialisierung auf die Sozialisationskommission oder gar Kautsky zu berufen.

Dem Verdienste keine Krone!

Aus dem Bericht über die gestrige Sitzung der Nationalversammlung werden unsere Leser bereits erfahren haben, daß Herr Erzberger ausdrücklich festgestellt hat, welche Verdienste sich Herr Ebert um die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung erworben hat. Es ist notwendig, diese Feststellung der Mit- und Nachwelt noch besonders zu überliefern. Herr Erzberger also hat folgendes ausgesprochen: „Es muß einmal darauf hingewiesen werden, welche große Mühe sich namentlich der jetzige Reichspräsident gegeben hat, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern. (Läch. Herr! Herr! bei den H. Ess.)“

Die Ausführungen des Herrn Erzberger bekräftigen noch der Ergänzung. Nicht nur Herr Ebert, sondern auch alle seine Gefinnungsgenossen, die Scheidemann, Noske und wie die rechtssozialistischen Führer alle heißen, haben sich nach Kräften bemüht, den Ausbruch der Revolution zu verhindern

und den Bestand der alten Gewalten zu sichern. Als jedoch trotz ihrer Bemühungen die Revolution ausbrach, da waren es dieselben Ebert, Scheidemann und Noskorten, die in ihren Rumpfsitzen saßen und sich von der revolutionären Welle in ihre Kiemer und Würden tragen ließen. Dann haben sie nichts Wichtigeres zu tun gewußt, als den Sinn der Revolution zu fälschen und die kapitalistische Ordnung, die eine Zeitlang durch die Revolution bedroht erschienen, in Gemeinschaft mit dem Vürgertum wieder herzustellen. Es ist nur recht und billig, daß Herr Erzberger im Namen der Bourgeoisie jetzt Herrn Ebert den Dank dafür abstattet.

Dummheit, dein Name ist „Vorwärts“.

Nicht nur der Seniorenkongress, sondern auch das Plenum der Nationalversammlung hat sich am Donnerstag mit dem Versuch der Regierung befaßt, der Nationalversammlung den Namen Reichstag zu geben und sie in dieser Form weiter zu lassen. Vor dem Beginn der Beratung des Gesetzesentwurfs führte der Präsident Hebrich darüber das Folgende aus:

„Die Fassung der Einleitung der Vorlagen: Der Reichstag hat beschlossen“, in Verbindung mit einem Schreiben des Reichspräsidenten an mich, hat dem Verfassungskomitee Veranlassung gegeben, die Frage zu prüfen, ob wir schon mit der Publikation der Verfassung Reichstag geworden, oder ob wir noch vor verfassunggebende deutsche Nationalversammlung sind? Einleitend ist im Gegensatz zu der Regierung der Verfassungsausschuss der Meinung, daß wir noch vor verfassunggebende deutsche Nationalversammlung sind und daß wir die Rechte und Pflichten haben, die der Verfassung dem Reichstag gibt, aber nicht den Namen. Nach Artikel 130 der Verfassung wird bis zum Zusammentritt des ersten Reichstages die Nationalversammlung als Reichstag angesehen, sie ist aber kein Reichstag, der erste Reichstag entsteht durch Neuwahlen. Ich stelle anheim, sich mit anzuschließen und ohne weitere Debatten mit der Regierung stattzugeben, die Eingaben der Vorgänge entsprechend zu ändern.“

Seine Ausführungen fanden im Hause allgemeine Zustimmung. Die amtliche Verlautbarung ist also, was die Nationalversammlung anlangt, von dieser abgelehnt worden.

Domit hat also selbst die Nationalversammlung zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung sich einen Uebergriff erlaubt hat. Der „Vorwärts“ bringt heute früh in seinem Parlamentsbericht die Ausführungen des Präsidenten, da aber bei diesem Blatt die rechte Hand nicht weiß was die linke tut, so findet man in derselben Ausgabe einige Seiten vorher noch eine unentwegte Verteidigung des Betrugsversuchs der Regierung. Bei dieser Gelegenheit leistet sich das Blatt einen neuen Geniestreich, in dem es zu der Gelegenheit das Folgende bemerkt:

Der „Vorwärts“ hat dazu das Nötige im letzten Abendblatt gesagt. Die „Freiheit“ hat diese Notiz nicht gesunden. Sie behauptet daher, der „Vorwärts“ schweige, schweige also mit dem „Betrug“, der am deutschen Volke verübt werden soll, einverstanden zu sein. Die „Freiheit“ schimpft gern auf den „Vorwärts“, aber sie läßt ihn nur recht mangelhaft.

Wir haben in der Tat in unserm Abendblatt vom Donnerstag nichts dazu gesagt, was der „Vorwärts“ am Donnerstagabend über den Betrugsversuch der Regierung ausgeführt hat. Da wir nicht mit den Tugenden der „Vorwärts“-Redakteure ausgestattet sind, so war es uns am Donnerstag mittag, als wir unsere Abendausgabe fertig stellten, wirklich noch unmöglich, zu wissen, was wir erst am Abend aus dem „Vorwärts“ erfahren würden. Ob die Heftesgaben der „Vorwärts“-Redaktion wohl ausreichen, um diesen Umstand zu begreifen?

Die Pogromhebe in der Reichswehr.

Lettow-Vorbeds Aufklärungsapostel als Expresseur.

Der Reichswehrminister Noske hat jede parteipolitische Agitation in den Kasernen verboten. Um die Durchführung dieses Verbotes kann er sich natürlich nicht kümmern, soweit es die politische Agitation der Reaktionen betrifft, weil er mit dem monarchoideen Lieblingsoffizieren mit der Bekämpfung der „Spartakisten“ genug zu tun hat. Inzwischen häufen sich die Fälle, wo die Reichswehr Brut- und Verbrechen gegen die Juden begeht. Namentlich im Grenzschutz Ost ist es in dieser Beziehung arg bedrückt, aber auch in anderen Garnisonen wird von Offizieren und Unteroffizieren der heidnische Geist der Judenhebe geweckt und gefördert. Daß diese Propaganda mit Wissen, ja, auf Veranlassung der höchsten Kommandostellen geschieht, beweist der folgende Fall aus dem Reich der Afrikanischen Lettow-Vorbed. Diese Mitteilungen, die wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen, geben auf Informationen der „Allgemeinen Zeitung des Judentums“ zurück.

Der ehemalige Eisenbahningenieur Josef Knauer, früher Hauptgeschäftsführer des antisemitischen deutschen Volksbundes, einer der bekanntesten Judenheber, wurde wegen antisemitischer Treibereien zuerst aus der Reichswehr entlassen, dann aber wurde ihm von der Brigade Lettow-Vorbed die Leitung des politischen Aufklärungsdienstes bei einem großen Teile dieser Brigade übertragen. Wie dieser Durche die Soldaten aufklärte, kann man sich vorstellen. Erst ein Expresseurprozeß kompromittierte diesen Knauer so sehr, daß man ihn nicht mehr behalten konnte. Welchem Menschen aber die politische Aufklärung von den Kommandostellen übertragen wird, zeigt der folgende Brief Knauers an den Verein zur Abwehr des Antisemitismus:

„Wenn Sie mir eine sofortige pekuniäre Hilfe von etwa fünftausend Mark, wenn möglich schon heute, spätestens aber morgen, Mittwoch, den 12. d. M., zuteil werden lassen, so verpflichte ich mich, mit allen meinen Kräften, und gemäß auf meinen ungeheuren Einfluß auf die gesamte Bewegung in ganz Deutschland und über seine Grenzen hinaus, gegen die gefährlichen und fanatischen Erregungen zu arbeiten, um Pogrome und Gewalttätigkeiten zu verhindern und nur eine nationale Richtung zu verfolgen, damit auf dieser Basis Deutschland es möglich gemacht werde, in den Völkerverbund einzutreten zu können. Da ich kein Fanatiker bin und Gewalttätigkeiten sowie Pogrome vermeiden will, hat man mich heftig abzuweisen versucht; daher bitte ich Sie, da ich für diesen dringenden Zweck aller Geldmittel bedürftig bin, mir umgehend solche zur Verfügung zu stellen; gern

gebe ich Ihnen mein Wort und die eifrige Versicherung in diesem Sinne zu erbeten. Wenn will ich Ihnen beweisen, daß die Flugblätter und auch Proklamationen ausreichen auf Grund der Kenntnis des Talmud und genauen Studiums des Alten Testaments. Auch die Kabbala kenne ich zur Genüge, um sie zur Beweiskraft heranzuziehen.“

Der Expresseur als politischer Kuffärer. — Das ist ein würdiges charakteristisches Kapitel der nachrevolutionären militärischen Nebenregierung Deutschlands.

Antisemitischer Geist bei den Einwohnerwehren.

In dem Erlass Noskes, der zur Gründung der Einwohnerwehren aufforderte, wurde befohlen, daß sich diese jeder parteipolitischen Tendenz fernzuhalten hätten. Wir haben diese Aufforderung nie ernst genommen und von Anfang an darauf hingewiesen, daß die Einwohnerwehren der Sammelpunkt für alle reaktionären Elemente des Bürgerturns sind, die sich die Aufgabe gestellt haben, die Revolution zu erdrosseln und die kapitalistische Herrschaft zu beschleunigen. Ganz offen wird heute bei den Einwohnerwehren antisemitische und alldemische Propaganda angedrückt. Wenn diese Tendenzen mißfallen, wird der Stuhl vor die Tür gesetzt. Als Beweis dafür möge folgender Abchiedsbefehl dienen, den der Führer der 2. Kompagnie der Schöneberger Einwohnerwehr bei seinem Scheiden hinterlassen hat:

Mit dem heutigen Tage lege ich mein Amt als Führer der 2. Kompagnie nieder und trete aus der Einwohnerwehr aus.

Die Gründe, die mich zu diesem mich sehr schmerzenden Entschluß zwingen, sind in der antisemitischen, alldemischen Erbe und den Intrigen, die ein Herr Dr. Weg gegen mich in dieser Weise in Schuß nimmt, zu suchen.

Für einen populären Kompagnieführer, der mit seiner Kompagnie auf freundschaftlichem Kameradschaftlichem Fuß steht, ist in der Schöneberger Einwohnerwehr, zumal, wenn er Jude ist, kein Platz.

Es geht also bei der Einwohnerwehr genau so zu wie bei der Reichswehr. Monarchistische Verschwörer und alldemische Heber genießen vollste Versorgungsfreiheit. Antisemitische Leute mit republikanischer Gesinnung werden kassiert oder hinausgeworfen.

Die Reaktionsherrschaft in Ungarn.

Die Liste der Minister zeigt, daß die Regierung des Erzherzogs Josef rücksichtslos die Interessen des Großgrundbesitzes und des Kapitals wahrnehmen, die werktätige Bevölkerung dagegen in das alte Gelotendasein zurückzuwerfen will. Kennzeichnend für diese neue Regierung ist der Minister des Innern, Baron Siegmund von Berenzy, der unter dem Gewaltmenschen Kissa Staatssekretär war. Großgrundbesitzer, Julius Rubinek, gemacht worden. Der Handelsminister Franz Heinrich ist ein Bulgarischer Großkaufmann. Der Unterrichtsminister Sussar und der Volkswohlfahrtsminister Stefan Haller entstammen aristokratischen Kreisen. Die Reaktion will also in Ungarn ihren Triumph ausstoßen. Aber sie dürfte ihre Rechnung ohne das Proletariat aufgestellt haben, das jetzt zwar durch die Pogromergerungen worden ist, aber als Träger der Produktion wieder Geltung verschaffen wird.

Die Berichte der Entente-Generale.

Der Oberste alliierte Rat hat die Berichte der Kommission der Entente-Generale aus Budapest erhalten und befohlen, soweit neue Instruktionen für die Kommission notwendig waren, wurden sie bereits durch den Obersten alliierten Rat nach Budapest abgefordert. Die rumänische Delegation hat bei der Vorlesung der rumänischen Antwort überreicht. Darin erklärt die rumänische Regierung, daß die Rumänen, die die Rumänen auf magyarischem Gebiet vorgenommen haben, nur von geringem Umfang gewesen sind. Die rumänische Regierung sei bereit, sämtliche militärischen Maßnahmen kommener Uebereinstimmung mit den militärischen Vertretern in Budapest vorzunehmen. Der Oberste alliierte Rat hat die Kommission der Entente-Generale in Budapest mitgeteilt, daß sie keinerlei Befugnisse habe, dem rumänischen Ober Befehle zu erteilen, da der Rat diese Macht für sich behalten wolle. Die Generäle dürfen zwar die ihnen von Erzherzog Josef zugewiesenen Mitteilungen entgegennehmen, doch bedeutet dies nicht, daß der Rat die Absicht hat, die gegenwärtige Regierung anzuerkennen, bevor das neue Regierungssystem anerkannt werden kann, was es durch eine Volksabstimmung bestätigt werden. Sobald die vorzunehmenden Wahlen die Regierungsform in Ungarn festgelegt haben, wird der Oberste alliierte Rat seine endgültige Entscheidung treffen.

Ein Protest der Tschecho-Slowaken.

T.U. Amsterdam, 18. August. Die tschecho-slowakische Abordnung hat dem Obersten alliierten Rat eine Protestnote gegen die Übernahme der ungarischen Regierung unter Erzherzog Josef überreicht.

Die tschechische Sozialdemokratie zum ungarischen Staatsstreich.

„Pravo Lidu“, das Organ der tschechischen Sozialdemokraten, schreibt zur Gegenrevolution in Ungarn: „Welche Komödie wurde hier mit der Idee der Demokratie gespielt. Unter dem Schilde der rumänischen Rajonette begangen die Vertreter des Erzherzogs Josef in den Wäldern der Kasseien die sozialistische Regierung. In einem Telegramm teilten sie dann der Welt: Das Ministerium wurde aufgelöst, die Regierung, weil es nicht die ganze Nation vertrete und nicht imstande ist, Ordnung zu halten.“ Als Erzherzog Josef wird mit seiner Gattin die ganze Nation verlassen, obwohl nach dem Fall der Monarchie die „Symphonie“ des Volkes es ihm unmöglich machte, sich auf der Straße zu zeigen. Die tschechische Sozialdemokratie beginnt, „Ordnung zu machen“ mit den Mitteln der Gewalt. „Ordnung zu machen“ auf den Straßen heißt das Volk zur Zeit Österreichs versprühen. Auf den Straßen sieht man in die Arbeiter, überall herrscht weißer Terror und Verfolgung. Der kommunistischen Agitation darf man nicht nachsehen, doch scheitert die Zahl der während ihrer politischen Herrschaft eingeleiteten Gegenrevolutionäre nicht so groß wie die der Arbeiter, die

an einem Tage in den Straßen Budapests niedergeschossen wurden."

"Robnost", die Zeitung der radikalen tschechischen Sozialisten Mährens, schreibt über die Person des als Oberführer unheimlich bekannten Erzherzogs:

In Budapest regiert nun Erzherzog Josef, einer der größten Kriegsverbrecher, welcher in den ersten Kriegsjahren, als die Geschicke den Österreichisch-ungarischen Krone noch hoch waren, die grausamsten, barbarischsten Befehle in den besetzten Gebieten erteilte. Erzherzog Josef wurde von den kompetenten Stellen unserer Regierung als Räuber und Verbrecher gebührend, aber nicht an die Spitze einer Regierung, sondern auf die Anklagebank geführt wegen einer ganzen Reihe von Verbrechen und Verbrechen gegen das internationale Recht. ... Wir können nicht glauben, daß das ungarische Volk, welches unter dem Joch der Magnaten und der Bourgeoisie seinerzeit so viel ertragen mußte, nach einer Periode der Mätregierung sich in die Ketten irgendeiner Monarchie schlingen lasse."

Von besonderem Interesse sind die Stimmzüge der tschechischen Parteipresse auf das Bluten des weißen Terrors in Budapest. Die bürgerliche Presse verurteilt scharf die Gräueltaten der weißen Horden. Die Welt darf nicht erfahren, mit welchen Mitteln die siegreiche Bourgeoisie an den Arbeitern Rache nimmt.

In einer Versammlung der tschechischen sozialdemokratischen Partei in Prag wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: "Die republikanisch-demokratische Staats- und Regierungsform entspricht der tiefsten Überzeugung der überwältigenden Mehrheit des Volkes und insbesondere des sozialistischen Proletariats. Der tschechisch-mährische Staat wird unter allen Umständen eine Republik bleiben. Wir sind entschlossen, jeden reaktionären Versuch, der eine Abänderung der Staatsform herbeiführen sollte, zu unter der Legitimation der Verfassung anzunehmen und zu widerstreben. Wir behaupten es, daß in Ungarn der konstitutionelle Umsturz unter dem Schutze der rumänischen Truppe und unter Teilnahme von Entente-Mächten gegen die tschechische Bevölkerung vertrieben wurde. Das sozialdemokratische tschechische Volk wagt die Verantwortung für die Verurteilung des Viererbundes vor der Weltöffentlichkeit der Habsburg-Monarchie in Ungarn und Österreich."

Der weiße Terror in Ungarn.

Die Wiener "rote Fahne" veröffentlicht folgende Angaben über das Bluten der Konterrevolution in Budapest:

In Budapest wurden sofort nach dem Sturz der Arbeiterrevolte bewaffnete Formationen aus Offizieren gebildet, die sich Rachekorps nennen. Sie tragen eine schwarze Uniform, ihre Fahne ist schwarz und sie wollen angeblich die Verwandten rächen, die unter der Proletarierherrschaft zu Schaden gekommen sind. Die Wutrede wird offen als Recht anerkannt. Dabei lassen es aber diese lauberen Herren nicht bewenden, sondern unter dem Vorwand der persönlichen Rache vernichten sie auf diese Weise ihre verhassten politischen Gegner, die Kommunisten. Auch Infanteriebataillone werden gebildet, doch nur solche Soldaten haben Zutritt zu dieser verächtlichen Elitengarde der Bourgeoisie, die im Kriege fürs Vaterland, das heißt Monarchie, wenigstens einmal die goldene Tapferkeitsmedaille errungen haben. Sie werden systematisch durch öffentliche Aufforderungen und durch die Presse auf die Arbeiterschaft gehetzt. Dabei, der einmal im Arbeiterrat und sonstwo als Vertreter des Klassenkampfes aufgetreten war, ist nun in Ungarn vogelfrei.

Dann kommen die Studenten. Die nationalen Studenten, die schon bei der Krisisphase in erster Reihe gestanden sind, an deren Händen das Blut der vielen Tausenden im Weltkrieg verfallen ist, die das Wort Wissenschaft zu einer Schmach und Schande für die ganze Kulturwelt erniedrigt haben, kommen zu blutigen Pogromen auf. Sie suchen sich zu ihren blutigen Ausschreitungen die Preisaus, eine öffentliche Erklärung, in der die armen jüdischen Studenten ihr Mitleid bekunden. Warum wenden sich diese Judenhaser nicht gegen die reicheren Juden, denen nun die Jüdinnen wieder ausgehört werden, die im trauten Verein mit den christlichen Kapitalisten als Geschäftsinhaber die neue Regierung stützen? Aber die ganze Frage ist nur zu durchsichtig. Gerade die armen jüdischen Studenten, die in dieser eiernden Kriegselite essen müssen, sind die Kommunisten verhasst und deshalb ihre Feinde.

Obwohl alle Nachrichten aus dem Ungarn des weißen Terrors anstößig sind, aber von den böhmischen Wählern schmerzhaft werden, so ist doch immer denkbar, die Kunde durch eine beispiellose Jagd auf alle politischen Gegner, auf alle Kommunisten hat eine Jagd.

In Ungarn herrscht heute die nackte Diktatur der Bourgeoisie. Macht und bloß, weil sie trinken durch ihren Sieg es nicht notwendig findet, sich überhaupt in Polen zu heilen, wie es die Kapitalisten in allen andern Ländern zu tun pflegen."

Neues über den Witzelschweber Thamschik.

Der Kriminalwachmeister Thamschik, der bekanntlich seinerzeit sowohl Dorenbach wie Bogatsch erschossen hat, rühmt sich seiner Thaten. Er zeigt sich überhaupt durch brutales Verhalten gegen Verhaftete aus. Ende Juni war ein Genosse verhaftet und auf die Wache im Kriminalgericht gebracht worden, wo er sich mit Erlaubnis des Wachtmeisters auf die Wache legte. Thamschik erschien aus der Wachtstube Herr Thamschik in Kraftfahrer-Uniform. Er fuhr unser Genosse sofort in barockster Weise an, befaß ihn, von der Wache aufzusteigen und fragte ihn, wie er über die Ermordung von Dorenbach und Bogatsch denke. Unser Genosse antwortete nicht. Thamschik wollte dann wissen, wie die Mitglieder der P. P. D. darüber dächten, was sie mit dem Manne machten, der Bogatsch und Dorenbach getötet habe, wenn sie ihn in ihre Reihen aufnehmen. Als unser Genosse auch auf diese Frage nicht antwortete, holte die Thamschik an seinem Revolver zu hantieren an. "Ich bin der Kriminalwachmeister Thamschik, ich habe Bogatsch und Dorenbach getötet, auch Hunde kriegt ich nicht alle." Dabei zog Thamschik seinen Revolver und legte auf unser Genossen an. Nur dem Dogmatisieren des Wachtmeisters ist es zu danken, daß Thamschik nicht zum dritten Mal unser Genossen erschoss. Der Wachtmeister forderte ihn auf, die Wachtstube zu verlassen, sonst würde er den Fall zur Wache bringen. Darauf erwiderte sich Thamschik. Er ist in der Lage für keine Verdienste übrigens zum Offizier befördert worden und wird es in der tschechischen Republik sicher noch zum Leutnant bringen, sofern sie ihn bald wieder die Gelegenheit bietet, mit dem Revolver in der Hand einen "Judverjud" zu bezwecken.

Winnig gegen die sozialdemokratischen Lehrer.

Am 4. August fand in Königsberg eine Versammlung sozialdemokratischer Lehrer statt, um Stellung zu nehmen, ob sie dem Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschösterreichs oder der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Lehrer der S. P. D. beitreten sollten. Trotz dem der Vorsitzende unter anderem erklärte hatte, die Regierung werde solche Leute, die für den Verband und gegen die Arbeitsgemeinschaft seien für leitende Stellen nicht in Betracht ziehen — gelang es ihm doch nicht, die sozialdemokratischen Lehrer für die Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Brief des Herrn Winnig vorgelesen, aus dem folgende förmliche Probe wiedergegeben sei: "Unter den Lehrern habe ich nur allzuoft getroffen, deren politische Ansichten mein höchstes Bedauern erregen müssen. Sie stehen auf einem Standpunkt, der zu den Sozialdemokraten, Aufgaben der Sozialdemokratie von heute nicht paßt. Ich will mich erst davon überzeugen, ob die von ihnen behauptete Drangsalierung sozialdemokratischer Lehrer wirklich stattfindet" usw. Die einzig richtige Antwort auf diesen Brief werden dem die sozialdemokratischen Lehrer durch ihren Anschluß an den Verband erteilen. Anschluß der Vorsitzenden Rudolf, Neuhäuser, Wächterstraße 30 (S. P. D.), Geh. Berlin W. Steglitzer Straße 41 (U. S. P.).

Vereitelter Justizmord eines außerordentlichen Kriegsgerichts.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Unter dem Verdachte, im Juni 1919 im Kreise Josef den Gastwirt Ramla in seiner Wohnung überfallen, verletzt und beraubt zu haben, wurden vom außerordentlichen Kriegsgericht Ratibor die drei jugendlichen Arbeiter Gleis, Banasch und Brandburg aus dem ober-schlesischen Industriebezirk zu 12, bzw. 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Alle drei waren nicht verurteilt. Da es kein Rechtsmittel gegen Urteile eines außerordentlichen Kriegsgerichts gibt, wäre es bei diesem Zuchthausurteil geblieben, wenn es nicht einem Rechtsanwalt gelungen wäre, in zwei Instanzen noch dem großen Verbrechenkampf zwischen einer Division und der Sozial-Kämpferbrigade verhafteten "Hajossen" die eigentlichen Täter zu ermitteln, die auch bereits ein Geständnis abgelegt haben. Drei weitere Täter sind noch nicht gefast.

So ist es nur einem Glückszufalle zu danken, daß dieses Zuchthausurteil des außerordentlichen Kriegsgerichts zu Ungunsten wurde. Der Fall zeigt aber deutlich, wie ein Unglück diese Gerichte für das deutsche Justizwesen bedeuten. Im übrigen hat gerade erst die Allmacht des Militärs das Verbot wesen in Oberschlesien so recht üppig geblüht und groß werden lassen.

Für Sie ist alles da!

In einer Zeit, wo es der minderbemittelten Bevölkerung unumgänglich ist, sich zu erschwinglichen Preisen beschaffbare Bekleidungsstücke zu beschaffen, liefert die Seeresverwaltung der Reichswehr der baltischen Berone ausgezeichnete Sachen. So sind allein aus Königsberg verfertigt worden: 80 000 neue Angäbe, 18 000 neue Mäntel, 80 000 neue Drillingangäbe, 80 000 Paar Stiefel.

Die Kriegsteilnehmer aber läßt die Seeresverwaltung monatelang auf die Gullustungsangäbe warten, um sie dann endlich mit Lumpen oder einer höchlich geringen Geldentschädigung abzufinden.

„Standesunwürdig.“

In der preussischen Landesterversammlung hatte sich Genosse Wehl als Sprecher der Reaktion gegen jede besondere Ehrengerichtsbarkeit mit Straffreiheits- und Strafmilderungsverordnungen für bestimmte Berufe und Stände ausgesprochen, die lediglich ein Ausmaß vorrevolutionärer Standes- und Berufsrechte ist. Es dürfe nur noch die allgemeine reine Menschenrechte sein. Und Verträge gegen diese mühen gleichmäßig behandelt werden. Diese für jeden wahrhaft anständigen Menschen selbstverständliche Forderung hat den Jörn des Nobilitiers der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ erregt. In seiner besonnenen Heberheißigkeit erklärt sich Herr Dr. Schmalbe nicht weiter haben überlassen, daß der Kollege Wehl die Erbgriffe und die ethischen Pflichten eines Arztes und eines Heringskommiss für gleichwertig hält. Derselbe Ansicht wie Wehl haben Frankenschen, tyrannen (wie Herr Frähdorf) und standesunwürdige Kerle.“ Herr Schmalbe ist demnach nicht der Ansicht, daß die gleiche Gleichheit, ob sie nun von einem Arzte oder einem „Heringskommiss“ ausgeht, entweder anständig oder unanständig ist. Er scheint in dem Worte Heringskommiss das Schlußwort für Unanständigkeit zu sehen. Wir raten ihm, den Mund etwas weniger weit zu nehmen, denn es gibt kaum einen „Heringskommiss“, der an Anständigkeit noch hinter Herrn Schmalbe zurückbleiben kann.

Wiederaufnahme des Verkehrs mit Polen.

Wie die Generaldirektion Warschau mitteilt, ist der Personen- und Gepäckverkehr mit den von den Polen besetzten Teilen der Provinz Posen über die Grenzstation Kempen (Posen) wieder aufgenommen worden. Zur Einreise ist die Genehmigung des für den Wohnsitz des Reisenden zuständigen Generalkonsulats und die Einreisekarte des Generalkonsulats der polnischen Republik in Berlin notwendig. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß auch eingeschriebene Briefsendungen jeder Art auf Gefahr des Absenders zur Wiederaufnahme in die besetzten Gebiete Polens angenommen werden.

Einbürgerung polnischer Juden.

An ausländischer Stelle erfahren die „P. P. R.“: Der preussische Minister des Innern gibt in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten bekannt, daß im Gegensatz zu der bisher geübten Praxis Einbürgerungsanträge von aus Polen und Galizien stammenden Juden regelmäßig stattzugeben ist, wenn sie in persönlicher Beziehung einwandfrei sind, bereits seit längerer Zeit in Preußen ansässig sind und eine auskömmliche Lebensstellung gefunden haben. Früher wurden grundsätzlich jüdische Polen erster Generation von der Einbürgerung ausgeschlossen.

Beibehaltung der Lebensmittel-Rationierung in Ausland. Der englische Lebensmittelminister Roberts erklärte nun dem „Economist“, daß es großer Anstrengung bedürfe, um zu verhindern, daß im kommenden Winter die Lebensmittelpreise über die des vergangenen Winters steigen. Die Anwesenheit würde deshalb sogar noch ausgedehnt werden und sich auf Brot, Fleisch, Speck, Milch, Butter, Kaffeebohnen, Zucker, Fisch, Eier usw. erstrecken.

Aus aller Welt.

Alteutsche Verbeugung.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben: In einer der letzten Nummern der „Woche“ fand sich ein Bild, auf welchem die jetztliche Mäntel eines hiesigen Kriegsgefangenen in den Familientreis abgebildet ist, und in dessen erläuternden Text erklärt wird, die Franzosen hätten die öffentliche Begrüßung der nach Saarbrücken heimkehrenden Gefangenen verboten. Diese Abbildung ist ein handgreiflicher Schwindel dieser Wochenschrift des alteutschen Scherzhaften Verloges. Denn bisher ist noch nicht ein einziger Gefangener aus Frankreich nach Saarbrücken zurückgekehrt und konnte es den Franzosen mithin gar nicht einfallen, die öffentliche Begrüßung der heimkehrenden Gefangenen zu verbieten. In Wirklichkeit stellt das Bild einen Saarbrücker Schulmeister dar, der seinerzeit, als er aus dem Felde heimkehrte, sich während der Begrüßungstournee fotografieren ließ.

In dieser empörenden Weise wird die Erregung der Angehörigen der Kriegsgefangenen aus Senfationsgier gesteuert.

Aus der Partei.

Große Fortschritte im Kreise Osthavelland.

In diesem alten Kreise Karl Liebknechts hat unsere Partei in den letzten Monaten weiter außerordentliche Fortschritte gemacht. Betrug die Mitgliederzahl am 1. April bereits 2800, so ist sie in noch nicht ganz drei Monaten bereits auf über 4000 angewachsen. Den größten Gewinn errang unsere Partei hier, wie fast überall im deutschen Reich, durch Uebertritt der rechtssozialistischen Arbeiter.

Ein neuer Episteltrick.

Der Sekretär unserer Bremer Parteikommune überreichte zwei Personen, die durch Zerstückeln einer Postkarte und unter Anwendung von Nachschlüssel in das Sekretariat eingeschlichen waren. Sie hatten sich eine Anzahl Mitgliederbücher angeeignet und Eintragskarten zu einem oder bereits stattgehabenen Vortrag verfertigt. Sollte man auf diese Weise in den Besitz der für gewisse Kreise so wertvollen Parteibücher gelangen wollen, so dürfte allen U. S. P. Sekretären größte Vorsicht beim Verschließen der Parteibücher anzuweisen sein. Die Büchlein wurden der Polizei übergeben.

Gewerkschaftliches.

Lohnkürzung der Handelsarbeiter.

Eine überfüllte Versammlung der Handelsarbeiter aus den Haus- und Warenhäusern, Spezial- und Detailgeschäften Groß-Berlins beschloß einstimmig, den mit dem Arbeitgeber-Verband im Einzelhandel und dem Deutschen Handelsarbeiter-Verband, Bezirksorganisation Groß-Berlin, vereinbarten Lohnsatz zu mindern. Folgendermaßen unterbreitete der Versammlung im Auftrag der Lohnkommission folgende Forderungen: Für jugendliche Arbeiter im Alter von 14—18 Jahren 45 P., von 16—18 Jahren 60 P., von 18—20 Jahren 80 P.; für Erwachsene (über 20 Jahre alte männliche Arbeiter 100 P., nach einem halben Jahre 120 P.; für weibliche, jugendliche und Erwachsene betragen die Wochenlöhne 10 Prozent weniger. Für besonders schwere und lebensgefährliche Arbeiten werden zu den Wochenlöhnen 25 Prozent Zuschlag gezahlt. Die Versammlung ging über diese Höhe hinaus und beschloß, nach halbjähriger Tätigkeit 120 P. pro Woche zu fordern; ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß Arbeitgeber-Verbande im Einzelhandel mitzuteilen, daß die Verhandlungen gemeinsam mit dem Arbeitgeber-Verband im Einzelhandel zu führen sind.

Eine Sympathiekundgebung für die streikenden Bankbeamten wurde gestern abend von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände veranstaltet. In Anwesenheit von annähernd 4000 Personen wurde von den Vertretern von etwa 20 der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Berufsorganisationen erklärt, daß sie, wenn etwa die Bankbeamten ihren Lohn anrufen sollten, geschlossen dieser Forderung Folge leisten würden, um den wirtschaftlichen Kampf, in dem gleiche Interessen aller Angestellten auf dem Spiele ständen, gemeinsam durchzuführen. Gleichzeitig wurde von fast allen Rednern betont, daß man jeden Versuch, diesen wirtschaftlichen Kampf auf parteipolitisches Gebiet zu ziehen, energisch ablehnen werde. Eine entsprechende Entschiedenheit wurde angenommen.

Die Angestellten der Deutschen Bank nehmen gestern in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung im großen Saal der Börse zu dem Angebot der Bankleitung Stellung. Gegen 50 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die das Angebot der Bankleitung als zu gering bezeichnet und den Ausschuss beauftragt, mit der Direktion weitere Verhandlungen sofort aufzunehmen.

Erklärung. Am vollen Verständnis der Notlage aller Arbeitsbeschäftigten der Spandauer Betriebsbereiche wurde durch die Vertrauensleute in der heutigen Sitzung beschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchsetzung unserer Forderungen zu kämpfen.

Wir fordern alle Genossen auf, sich am Montag, den 18. d. M., nachmittags 8 Uhr, zu einer Betriebsversammlung, die in der Aula des Städtischen Gymnasiums, Weinmeisterstraße 10/17 stattfinden, einzufinden und dort über die Forderungen, die wir erheben wollen, Rede zu nehmen.

Die Vertrauensleute der Spandauer Betriebsbereiche.

Gegen den Syndikalismus. Aus der Genossin Olga Horn, der in der Diskussion in der Chausseeburger Eisenbahner-Versammlung gesprochen hat, will sich nicht für den Syndikalismus, sondern für die Betriebsorganisation ausgesprochen haben. Die bestehenden Gewerkschaften sollte er nicht für fähig, den Kampf zu entwickeln. Horn bestreitet aber nicht, zum Austritt aus diesen Verbänden aufgefordert zu haben. In dieser Beziehung unterscheidet er sich also nicht von den Syndikalisten. Diese Antisindikalpropaganda können wir aber nicht billigen, sondern treten ihr aus schärfster entgegen, da damit der Arbeiterkampf nicht gedient ist. Die Kooperation hat das Recht und die Pflicht, die Taktik der Gewerkschaften innerhalb der Organisationsnach ihren Gesichtspunkten zu bestimmen. Gelingt ihr das nicht innerhalb der Organisation, dann von außen her schon lange nicht. Diese Erfahrungen sind zu alt um neue Experimente zu gestatten.

Die Tischensetzer Gemeinheitsarbeiter haben durch einen kürzeren Streik die Mode ihres Betriebsrates gegen die Beschlüsse des Magistrats, durch welche der Betriebsrat in seiner Tätigkeit behindert wurde, erfolgreich verteidigt. Die sehr reiche Tätigkeit der jüdischen zentralen Betriebsräte im Interesse der Gemeinheitsarbeiter wird auch fernerhin bei Angriffen durch sogenannte gesetzliche Maßnahmen der Arbeiter-Verein herbeiführen.

